

Ralf Becker:

## Nachhaltige Entwicklung braucht Geldmarktreform

Die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg ist verbunden mit der Einführung der DM und der Sozialen Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard 1948. Ein marktwirtschaftliches Anreizsystem verbunden mit sozialem Ausgleich über den Staat führte zum weltweit beachteten Wirtschaftswunder.

### Die Politik in Deutschland erscheint derzeit konzeptlos

Am Beginn des neuen Jahrtausends nun stehen sowohl unsere Sozialversicherungssysteme als auch unsere staatlichen Haushalte auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene vor dem Kollaps. Seit etwa 30 Jahren steigt die Zahl der Arbeitslosen beständig an und gilt als entscheidende Ursache für die Krise. Notwendige umweltpolitische Maßnahmen unterbleiben wegen ihrer mangelnden Rentabilität bei einer Amortisationszeit von bis zu 50 Jahren im Klimabereich.

Sowohl die SPD-geführte Bundesregierung als auch die Opposition stehen diesen Entwicklungen hilflos gegenüber. Die Konzepte der Parteien zur Bewältigung der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Probleme erscheinen wie aus dem letzten Jahrhundert – es wird immer klarer, dass sie zur Lösung der seit 30 Jahren wachsenden Krise nicht mehr ausreichen.

Diese Konzepte beruhen weiterhin auf dem Paradigma des unbegrenzten Wachstums. Seit dem Bericht des Club of Rome 1972 unter dem Titel "Die Grenzen des Wachstums"<sup>1</sup> werden sie immer fragwürdiger. Der 1992 in Rio begonnene und 2002 in Johannesburg fortgeführte weltweite Dialogprozess über nachhaltige Entwicklung macht deutlich, dass wir vor wachsenden Herausforderungen stehen.

### Wachsende internationale Herausforderungen

Neben der notwendigen Reduzierung der Ökobelastung – im Klimabereich langfristig um ca. 80% – hat sich Deutschland in Johannesburg zu erhöhter staatlicher Entwicklungshilfe verpflichtet. Wie schon 1992 versprach die Bundesregierung, den Anteil der Entwicklungshilfe von derzeit ca. 0,27% des BSP langfristig auf 0,7% und in den nächsten vier Jahren auf 0,32% des BSP zu erhöhen.

Schon jetzt ist aber klar, dass Deutschland wie auch andere Industriestaaten diese Verpflichtung gegenüber den sog. Entwicklungsländern aufgrund der Haushaltslage nicht einhalten können. So ist im Bundeshaushalt 2003 für die Entwicklungshilfe nur eine Steigerung um 2,6% vorgesehen – und der Finanzminister hat bereits wieder die Kürzung aller Etats angekündigt.

Wohin man derzeit auch blickt, es sind keine Lösungen für all die enormen Herausforderungen in Sicht. Wir scheinen in einem Teufelskreis zu stecken: Erhöhen die Finanzminister die öffentliche Verschuldung, so droht eine absolute Überschuldung der öffentlichen Hände, da Zins und Zinseszins schon jetzt den Schuldendienst zum zweitgrößten Ausgabenposten im Bundeshaushalt machen.

### Immer mehr EU-Länder können die Maastricht-Kriterien nicht einhalten

Wie Deutschland können auch immer mehr andere EU-Länder die Maastricht-Kriterien, die die Obergrenze für eine vertretbare Staatsverschuldung festlegen, nicht mehr einhalten. Die vom Bundesfinanzminister Eichel zwangsweise vorgenommene Erhöhung der Neuverschuldung für 2002 um 64% und für 2003 um 100%<sup>2</sup> geht

zu Lasten zukünftiger Generationen, für die der Spielraum für jegliche Politikgestaltung bis zum Verschwinden gering wird. Ein drohender Staatsbankrott mit einer großen Inflation als Folge taucht als Schreckgespenst auf.

Die zeitgleich und alternativ versuchte Sparpolitik führt zu noch höheren Arbeitslosenzahlen und damit zum sozialen Kollaps der Republik. Es ist symptomatisch, dass die Bundesregierung zur Rechtfertigung ihrer unverantwortlichen Schuldenaufnahme inzwischen auf einen Vergleich mit der Nazizeit zurückgreift: Hitler kam damals in Folge einer rigorosen Sparpolitik des Reichskanzlers Brüning an die Macht, der 1930 nach dem Börsencrash den Staatshaushalt zu retten versuchte. Parallel zum Anstieg der Arbeitslosenzahlen auf über 6 Millionen stiegen damals die Stimmengewinne der NSDAP bis zur Machtübernahme Hitlers.

### Verschuldungskrisen in Nord und Süd

Mit der derzeitigen Krise macht Deutschland eine Erfahrung, die viele Entwicklungsländer schon seit Jahren und Jahrzehnten bedrückt. Die nunmehr von der EU für Deutschland geforderte Haushaltssanierung bedeutet in der Konsequenz scharfe Einschnitte im sozialen Bereich noch weit über das bisherige Maß hinaus.

Entsprechende Einschnitte verlangen die Industrieländer über den Internationalen Währungsfond IWF seit über 20 Jahren von verschuldeten Entwicklungsländern, die im weltweiten System der kapitalistischen Marktwirtschaft schon früher als Deutschland in eine ausweglose Lage geraten sind. Die den Entwicklungsländern aufgezwungenen Strukturanpassungsprogramme treffen dort regelmäßig die Ärmsten der Armen und führen immer wieder zu heftigsten Zerreißen für viele Staaten. Argentinien ist nur ein Fall unter vielen.

1,2 Mrd. Menschen müssen weltweit mit weniger als einem Euro pro Tag auskommen, 50% der Weltbevölkerung mit einem Einkommen von weniger als 2 Euro pro Tag.<sup>3</sup> Die Einkommensschere zwischen armen und reichen Ländern unserer Erde hat sich von 1 : 30 im Jahre 1960 auf heute

1 : 74 weiter geöffnet. Die drei reichsten Männer der Welt verfügen über ein Vermögen, das dem Volkseinkommen der 48 ärmsten Staaten der Erde entspricht.

### Zinszahlungen an den Norden übertreffen Entwicklungshilfe

Seit Anfang der 1990er Jahre zahlen die Entwicklungsländer unter dem Strich mehr Zinsen an die Industrieländer als sie neue Entwicklungshilfe erhalten.<sup>4</sup> Wir haben also de facto einen Kapitaltransfer vom Süden in den Norden – nicht umgekehrt! Die gleichzeitig gestiegenen privaten Direktinvestitionen aus dem Norden in den Süden kommen nur einer relativ kleinen Bevölkerungsschicht zugute. Dagegen müssen die zunehmenden öffentlichen Zinslasten insbesondere von der armen Bevölkerung getragen werden.

Viele Entwicklungsländer sind mittlerweile völlig abhängig vom instabilen Weltmarkt. So hat sich während der Finanzkrise in Asien Ende der 1990er Jahre in vielen Ländern wie z.B. Indonesien die Armut verdoppelt – ein guter Nährboden für Terrorismus. Immer mehr Entwicklungs- und Schwellenländer müssen de facto ihre Zahlungsunfähigkeit erklären, da sie total überschuldet sind und ihre Zinsen nicht mehr erwirtschaften können.

Dank der weltweiten Aktion "Jubilee 2000" (in Deutschland "Erlassjahr 2000 – Entwicklung braucht Entschuldung") wurde 1999 vom G8-Gipfel in Köln eine weitreichende Entschuldung der höchst verschuldeten und ärmsten Entwicklungsländer beschlossen. Wie in der Vergangenheit ist die Wirkung solcher Entschuldungsaktionen aber nicht von Dauer und außerdem für größere Schuldnerländer wie Brasilien oder Argentinien schlechthin nicht finanzierbar.

### Bereits seit 100 Jahren gibt es ein Konzept zur Überwindung der Krise

Was viele nicht wissen: es gibt bereits seit über 100 Jahren ein Konzept zur Vorbeugung und Überwindung derartiger Krisen. Während der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre wurde es breit in der deutschen Öffentlichkeit

diskutiert und auf lokaler Ebene in Schwanenkirchen (Bayerischer Wald), in Wörgl (Tirol) sowie in amerikanischen Gemeinden erprobt.

Der deutsch-argentinische Kaufmann Silvio Gesell beobachtete bereits zum Ende des 19. Jahrhunderts die damals wie heute extremen Schwankungen der weltweiten Wechselkurse, die seine geschäftliche Tätigkeit erschwerten und in Argentinien zu starken Konjunktur- und Zinsschwankungen sowie zu einer rasant wachsenden Arbeitslosigkeit führten. Gesell deckte den Systemfehler der Globalisierung bisherigen Typs auf und schlug eine Änderung des Geld- und Zinssystems vor – sowohl innerhalb einzelner Länder als auch für die Weltwirtschaft, für die Gesell die Einrichtung einer "Internationalen Valuta-Assoziation" vorschlug.

Damit wären gewiss nicht alle Probleme auf einmal gelöst. Gesell konzipierte eine zwar notwendige, aber noch nicht hinreichende Bedingung für die wirtschaftliche Gesundung, der andere Maßnahmen folgen oder beiseite gestellt werden müssten. Die Traditionen der Zinskritik im Judentum, im Christentum und im Islam sprechen ebenso für dieses Konzept Gesells wie der große britische Ökonom John Maynard Keynes, der in seinem Hauptwerk über Gesell urteilte: "Ich glaube, dass die Zukunft mehr vom Geiste Gesells als von jenem von Marx lernen wird."<sup>5</sup>

Zu beobachten ist, dass die Arbeitslosigkeit besonders ansteigt, seitdem die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts (BSP) unter die Wachstumsrate der Zinsen gefallen ist.<sup>6</sup> Seit 1990 haben sich z.B. die Geldvermögen in Deutschland verdoppelt und sie wachsen exponentiell weiter. Exponentielles Wachstum der Geldvermögen führt sich jedoch selbst ad absurdum, wie das Beispiel des Josefspfennigs zeigt: Ein im Jahr 0 zu 5% Zinsen angelegter Pfennig wäre heute zu einem Vermögen im Wert von 250 Mrd. Erdkugeln aus Gold angewachsen.

Da mit der stetigen Vermehrung der Geldvermögen die Ansprüche der Kapitalbesitzer an das BSP zunehmen, kann der Faktor Arbeit nicht mehr gleichwertig am Wachstum der Wirtschaft teilhaben.<sup>7</sup> Die zur Überwindung der Arbeitslosigkeit in der kapitalistischen Marktwirtschaft

notwendige Lohnkürzung wird bislang noch von den Gewerkschaften zu verhindern versucht. Doch ist bereits die steuerliche Belastung der Arbeitnehmer im Vergleich zu den Vermögensbesitzern seit 1960 auf das Sechsfache angewachsen.

### **Einkommensverschiebungen über das Zinssystem nehmen exponentiell zu**

Über das Geld sowie den Zins und Zinseszins vollzieht sich in unserem Wirtschaftssystem eine stetige Einkommensverschiebung zugunsten eines reichen Zehntels der Bevölkerung.<sup>8</sup> Diese Verschiebung erfolgt unauffällig über die in allen Endverbraucherpreisen enthaltenen Zinsen, die im Durchschnitt ca. 33% der Güterpreise ausmachen (so sind in den Mietpreisen z.B. bis zu 80% Zinsanteile enthalten). Eine ähnliche Einkommensverschiebung vollzieht sich heute auch weltweit, da die Entwicklungsländer seit den 1990er Jahren mehr Zinsen an die Industrieländer zahlen als sie an rückzahlungsfreier Entwicklungshilfe erhalten.

Die Folgen dieser Einkommensverschiebung wurden in Deutschland in der jüngeren Vergangenheit entweder durch hohe Wachstumsraten des BSP oder durch kreditfinanzierte staatliche Umverteilungen kompensiert. Doch mit dem exponentiellen Wachstum der Geldvermögen übertrifft die jährliche Umverteilung über Zinsen inzwischen bei weitem unser gesamtes Staatsbudget. Geschichtlich gesehen wurden die dadurch ausgelösten sozialen Spannungen immer wieder durch Kriege oder durch große Inflationsschübe gelöst. Beide Schreckgespenster tauchen nicht zufällig heute wieder auf.

### **Der Jokervorteil führt zu Geldhortung und Spekulation**

Silvio Gesell machte wie später auch John Maynard Keynes letztlich den sogenannten Jokervorteil des Geldes für Konjunkturflauten, Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit verantwortlich.<sup>9</sup> Während man für Waren mit der Zeit einen Wertverlust befürchten und ausgleichen

muss, ist die Hortung von Geld kaum mit Kosten verbunden, zumindest nicht bei den gegenwärtig niedrigen Inflationsraten.

Bei einem realen Zinssatz von unter 3% legen die Menschen ihr Geld daher erfahrungsgemäß nicht mehr langfristig an, sondern halten immer höhere Bargeld- und Girokontobestände. Gleichzeitig wird mit dem Geld immer mehr spekuliert. Wie vor der großen Weltwirtschaftskrise vor 70 Jahren wird immer mehr Geld dem realwirtschaftlichen Kreislauf entzogen. Heute haben 80% der weltweiten Kapitalflüsse von ca. 2.000 Mrd. Euro pro Tag eine Anlagedauer von unter 7 Tagen.<sup>10</sup> So wird die Geldhortung in ihrer traditionellen Form und in ihrer neueren Form als spekulative Manövrieremasse zur Ursache von Krisen, wie es u.a. der amerikanische Präsident Hoover schon 1930 formulierte: "Geldhamsterei ist der Feind unserer nationalen Sicherheit".<sup>11</sup> Das katholische Kirchenrecht verhängte im Mittelalter sogar die Exkommunikation auf Geldhortung.<sup>12</sup>

### **Die Einführung einer umlauf-sichernden Liquiditätsabgabe verstetigt den Geldumlauf ...**

Anstelle eines nicht praktikablen Zinsverbots oder einer Abschaffung des Zinses schlug Silvio Gesell die Einführung einer den Umlauf des Geldes sichernden Liquiditätsabgabe vor, die den Jokervorteil des Geldes neutralisiert. Mittels einer bis zu 6-prozentigen jährlichen Gebühr auf Bargeld- und Girokontenbestände ließe sich die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und damit die Konjunktur nachhaltig verstetigen. Eine künstliche Beeinflussung der Zinssätze und damit verbundene Schwankungen der Konjunktur durch Zentralbankbeschlüsse würde damit hinfällig.<sup>13</sup>

Eine je nach Laufzeit verringerte Liquiditätsabgabe auf kurz- und mittelfristige Geldanlagen<sup>14</sup> würde zudem das Angebot langfristiger Kredite erhöhen, was zu einer stetigen und nachhaltigen Belebung der Konjunktur führen würde.

Solche den Geldumlauf sichernden Liquiditätsabgaben hat es in der Geschichte bereits ge-

geben, teilweise schon Jahrhunderte lang. So u.a. in der wirtschaftlichen Hochblütezeit des Mittelalters von 1150-1450 in weiten Teilen Westeuropas in Form der Geldverrufung.<sup>15</sup> Auch während der Weltwirtschaftskrise vor 70 Jahren führten zahlreiche Kommunen Komplementärwährungen mit Liquiditätsabgaben zur Überwindung von Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise ein. Sie wurden schließlich durch Verbote der Notenbanken gestoppt, die um ihre Währungshoheit fürchteten.<sup>16</sup>

Die Einführung einer Liquiditätsabgabe wäre pro Person in Deutschland gegenwärtig mit direkten Kosten in Höhe von ca. 150,00 Euro pro Jahr verbunden, denen heute z.B. Zinskosten für Konsumentenkredite in Höhe von 600,00 Euro pro Haushalt und für staatliche Schulden in Höhe von 2.500,00 Euro pro Erwerbstätigen gegenüberstehen. Diese würden sich beträchtlich verringern. Die Hauptkosten beständen insofern im Abschiednehmen von der bisherigen Maxime, "von den Zinsen leben" zu können. Jeder Mann und jede Frau würden zukünftig hauptsächlich von ihrer Arbeit und von der Substanz ihres Ersparnen leben können.

### **... und stand bereits 1944 in Bretton Woods zur Diskussion**

Bei den Verhandlungen über eine Nachkriegsordnung der internationalen Währungsbeziehungen in Bretton Woods (1944) setzte sich die britische Delegation unter der Federführung von John Maynard Keynes für die Schaffung einer "Internationalen Clearing Union" (ICU) ein. Ähnlich wie Gesells "Internationale Valuta-Assoziation", aber in moderner Form sollte die ICU den Welthandel zwischen ihren Mitgliedsländern mit Hilfe einer neutralen Kunstwährung "Bancor" verrechnen. Keynes hielt einen Ausgleich der Handelsbilanzen für erreichbar, wenn die ICU nicht nur die Defizitkonten, sondern auch die Konten mit Überschüssen mit einer Liquiditätsabgabe belastet. Sein "Bancor"-Plan scheiterte aber am Widerstand der USA, deren Delegationsleiter Harry D. White ein internationales Währungssystem mit dem US-Dollar als Leitwährung durchsetzte.<sup>17</sup>

Der UNDP-Bericht von 1999 erinnert an den Bancor-Plan: "Keynes stellte sich den IWF als eine Weltzentralbank vor, die eine eigene Reservewährung (Bancor) herausgeben sollte. ... Keynes wollte, dass die Last der Strukturanpassung sowohl von Ländern, die Überschüsse, als auch von solchen, die Defizite erwirtschafteten, gemeinsam getragen werden. ... In der Praxis haben die Länder, die Defizite erwirtschaften (meistens Entwicklungsländer), die Hauptlast der Anpassung tragen müssen – mit Ausnahme der USA, die eine Strukturanpassung umgehen können, weil durch ihr Defizit Dollars für die Liquidität des globalen Systems bereit gestellt werden."<sup>18</sup>

Die Einführung einer Liquiditätsabgabe würde sowohl innerhalb einzelner Länder als auch weltweit zu einem verstärkten Kreditangebot und damit mittelfristig zu einer Senkung der Zinsen führen. Das würde die Schaffung neuer Arbeitsplätze nicht nur in der Industrie und bei den Dienstleistungen ermöglichen, sondern auch in solchen Bereichen, in denen sich Investitionen bislang 'nicht rechnen': in der Kultur, im sozialen Bereich, im Umweltbereich und in der Landwirtschaft. Der sinkende Zinsanteil in den Güterpreisen würde zudem eine deutliche Kaufkraftsteigerung der Bevölkerung und damit über die steigende Nachfrage eine nachhaltige Belebung der Wirtschaft herbeiführen.

Durch das neue Geldsystem wäre nicht nur die unausweichliche Gefahr einer Hyperinflation gebannt (siehe Josefspfenning), sondern es ließe sich auch die aktuelle Inflationsrate von der Notenbank ohne die Gefahr eines Abgleitens in eine Deflation sehr genau bei Null Prozent halten – erstmals wäre also eine absolute Wertbeständigkeit langfristig angelegten Geldes garantiert, was neben einer Entlastung des staatlichen Rentensystems auch neue Möglichkeiten der persönlichen Vorsorge für Krankheit und Alter eröffnet. Gleichzeitig ließe sich dank der sinkenden Zins- und Schuldenlast der öffentlichen Haushalte die drohende Überschuldung von Entwicklungs- wie Industrieländern abwenden.

Umweltpolitisch ist eine den Geldumlauf sichernde Liquiditätsabgabe insofern relevant, als erst durch sie die notwendigen Spielräume

zur Einführung konsequenter ökologischer Steuerungsmechanismen eröffnet werden. Zudem würde sich die Wirtschaftlichkeit von Ökoproyekten deutlich erhöhen. Damit wäre ein wirklich nachhaltiges Wirtschaften möglich, das sowohl sozialen, als auch umweltpolitischen und über die Beibehaltung des Marktmechanismus auch wirtschaftlichen Effizienzansprüchen genügt.

Die Entwicklungsländer wiederum würden dank der Zinssenkungen wesentlich von ihrem Druck befreit, zur Bedienung ihrer Zins- und Schuldenlasten Raubbau an ihrer Umwelt, z.B. an den für das Weltklima so wichtigen Regenwäldern zu betreiben.

### **Bodenspekulation und Kapitalflucht als Herausforderung**

Vor der Einführung einer Liquiditätsabgabe sind freilich noch eine Reihe offener Fragen zu klären, die von der praktischen technischen Ausgestaltung der Gebühr und die Überwindung politischer Widerstände bis hin zur notwendigen Vorbeugung einer nachfolgenden Bodenspekulation reichen<sup>19</sup>. Um letztere zu verhindern, gibt es entsprechende Vorschläge zur Reform des Bodenrechts. Als weitere große Herausforderung muss die mit einer Einführung der Liquiditätsabgabe zu erwartende Kapitalflucht ins Ausland betrachtet werden, die eine weltweite Einführung der Abgabe wünschenswert erscheinen lässt.

Erfahrungen aus der weltweiten Erlassjahr-Bewegung zur Entschuldung der Entwicklungsländer zeigen, dass richtige, anfangs noch so unrealistisch erscheinende Lösungsvorschläge bei entsprechendem Engagement innerhalb weniger Jahre Eingang in die Beschlüsse des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und von G8-Gipfeln finden können.<sup>20</sup> Freilich scheitert bis jetzt eine wirklich nachhaltige Lösung der nationalen Finanz- und Wirtschaftskrisen an den unterschiedlichen Interessenlagen der Menschen in Nord und Süd im Rahmen der bisherigen Lösungsmechanismen.

Die Einführung von Liquiditätsabgaben führt jedoch zu einer Interessenpartnerschaft von mindestens 80% der Menschen weltweit – und

selbst die restlichen vermögendere 20% können bei realistischer Betrachtung ihre Interessen ebenfalls in diesem Ansatz berücksichtigt sehen. Damit wird ein noch größerer Erfolg als derjenige der weltweiten Erlassjahr-Bewegung möglich.

Auf dem Weg dahin bietet sich eine ganze Palette von Aktionsmöglichkeiten von der Informationsverbreitung und Organisation von Vorträgen über die Mitgliedschaft in einem Tauschring und die Initiierung komplementärer Währungen in Form von Regiogeldern<sup>21</sup> bis hin zur Gründung einer politischen Kampagne.

"The difficulty lies not in the new ideas but in escaping from the old ones." (J. M. Keynes)<sup>22</sup>

"Die Menschen glauben immer: So ist das eben mit dem Geld. Das kann man nicht ändern. Das ist nicht wahr. Wir können es ändern. Wir haben das Geld geschaffen und wir können es auch anders machen." (Momo-Autor Michael Ende)<sup>23</sup>

#### Anmerkungen

- 1 Meadows, D. L.: Die Grenzen des Wachstums, Stuttgart 1972
- 2 im Vergleich zur Haushaltsplanung
- 3 UNDP: Human Development Report 1999, New York 1999
- 4 Worldbank: Global Development Finance, Washington 2002, S. 188
- 5 Keynes, J. M.: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 7. Auflage, Berlin 1994, Seite 298 ff
- 6 Vgl. Creutz, H.: Das Geldsyndrom, 3. Aufl., München 1996, S. 98 f.
- 7 Vgl. Löhr, D.: Geld, Wachstumszwang und Umweltschutz, in: Gerechtes Geld – gerechte Welt, Beiträge zur Tagung in Konstanz 1991, Hrsg. Internationale Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung, Lütjenburg 1992, S. 71
- 8 vgl. Creutz, H.: Wachstum bis zur Selbstzerstörung, Zeitschrift für Sozialökonomie 61/1984
- 9 vgl. Keynes, J. M.: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 6. Auflage, Berlin 1983, S. 181; Gesell, S.: Die natürliche Wirtschaftsordnung, 3. Auflage, Arnstadt 1919,

- S. 180; Suhr, D.; Godschalk, H.: Optimale Liquidität, Frankfurt a.M. 1986
- 10 vgl. FAZ v. 22.01.2002, S. 26 unter Berufung auf den Monatsbericht der Deutschen Bundesbank v. Januar 2002; Wahl, P.: Die internationalen Finanzmärkte, in: Kapital braucht Kontrolle, Bonn 2000, S. 8
- 11 Schwarz, F.: Das Experiment von Wörgl, Bern 1951
- 12 Ebenda
- 13 vgl. Gesell, S.: Die natürliche Wirtschaftsordnung, in: Gesammelte Werke Band 11, Lütjenburg 1991
- 14 nur langfristige Geldanlagen wären demnach von der Liquiditätsabgabe befreit
- 15 vgl. Walker K.: Das Geld in der Geschichte, Lauf 1959, zitiert in Weitkamp, H.: Das Hochmittelalter – ein Geschenk des Geldwesens, Hilterfingen 1985
- 16 vgl. Onken, W.: Ein vergessenes Kapitel der Wirtschaftsgeschichte: Schwanenkirchen, Wörgl und andere Freigeldexperimente, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 58/59, 1983, S. 3-20
- 17 vgl. Keynes, J. M.: Vorschläge für die Gründung einer internationalen Clearing-Union. Lettre international 2/1988, S. 40 f.
- 18 aus: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hg.): Bericht über die menschliche Entwicklung 1999 (UNDP), Bonn 1999, S. 122
- 19 vgl. Kennedy, M.: Geld ohne Zinsen und Inflation, München 1994, S. 52 ff.
- 20 vgl. Krueger, A.O.: A new approach to Sovereign debt Restructuring, IMF April 2002; Krueger, A.O.: Sovereign debt restructuring and Dispute Resolution; Address to the Bretton Woods Committee Annual Meeting, Washington 2002; erlassjahr.de: SDRM or FTAP: Comment on Ms. Krueger's first comprehensive proposal for a new debt restructuring mechanism, Siegburg, April 2002; erlassjahr.de: No way, IMF. Short commentary on Anne Krueger's proposal for a Dispute Resolution Mechanism, Siegburg, Juni 2002
- 21 vgl. www.regiogeld.de
- 22 Die Schwierigkeiten bei der Durchsetzung neuer Ideen sind Keynes zufolge nicht so sehr in den neuen Ideen selbst begründet, sondern in der mangelnden Fähigkeit und Bereitschaft, sich von den alten Ideen zu lösen: Olah, N.: Die soziale Frage: Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, Büchergilde, Frankfurt a.M. 2001
- 23 Hirota, Y.: NHK-TV Fernsehsendung: Michael Ende on the Money-Go-Around, Tokio 1999; Ende, M.: "Money and Growth", in: Michael Endes Zettelkasten: Skizzen & Notizen, 1994, Weitbrecht Verlag in K. Thienemanns Verlag

#### Denkschrift zum Boden-Bewusstsein

Täglich werden in Deutschland Freiflächen in der Größe von 170 Fußballfeldern überbaut, insgesamt etwa 130 Hektar. Das entspricht in sechs Jahren der Fläche des Saarlandes. Wenn diese Entwicklung so weitergeht, wird Deutschland in weniger als 100 Jahren vollständig überbaut sein. Die Bundesregierung will deshalb erreichen, dass die Überbauung mit Siedlungen, Straßen und Gewerbegebieten bis zum Jahr 2010 auf 30 Hektar täglich reduziert wird.

Besorgniserregend ist aber nicht nur der Flächenfraß. Die Böden sind bedroht durch Schadstoffe, Arzneimittel, Gentechnik, Klimaänderungen und Bodenerosion.

Unter dem Titel "Ohne Boden – bodenlos" hat der Wissenschaftliche Beirat Bodenschutz kürzlich eine Broschüre herausgegeben, in der anhand zahlreicher Illustrationen dargelegt wird, wie wertvoll Böden sind und wie sie in Zukunft besser geschützt werden können. Die Broschüre gibt es kostenlos bei der WBB-Geschäftsstelle, c/o Umweltbundesamt FG II 5.1, Postfach 33 00 22, 14191 Berlin (Fax: 030 – 8903-2103) oder im Internet ([www.Wissenschaftlicher-Beirat-Bodenschutz.de](http://www.Wissenschaftlicher-Beirat-Bodenschutz.de)).